

1 **Thema: Digitalisierung**

2 Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt. Wir wollen eine Digitalisierung, die nicht
3 in der Abhängigkeit großer Konzerne steht, sondern die auf Open Source und eigene Datenhoheit setzt.
4 Unsere Digitalisierung schützt Personendaten, sie lässt keine Überwachung zu und hat doch
5 Informationsgewinn. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche Dienstleistungen für
6 alle zugänglicher macht. Wir bestehen darauf, dass Digitalisierung kein Machtgefälle erschaffen darf
7 und Menschen weder ausschließt noch zurücklässt. Unsere Digitalisierung stärkt die Demokratie
8 anstatt sie zu untergraben.

9 **Public Money – Public Code**

10 Jedes Jahr gehen Milliarden Euro für die Verwendung von Lizenzen vor allem an Microsoft und Apple.
11 Durch Abomodelle und proprietäre Dateiformate sind die Kommunen (sowie Land und Bund) in einem
12 Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Großkonzernen und müssen ihnen immer weiter Geld zahlen, um
13 ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller genutzt werden.

14 Wir wollen, dass Kommunen ihre digitale Infrastruktur komplett auf Open Source umstellen. Das heißt,
15 dass proprietäre Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch quelloffene
16 Alternativen ersetzt werden, wie Linux als Betriebssystem und LibreOffice statt Word.

17 Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss
18 eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigens Software
19 entwickelt oder weiterentwickelt werden, um Sonderlösungen für Spezialanwendungen zur Hand zu
20 haben. Dies lässt sich aber durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische Aufwand
21 kann durch Kooperation der Kommunen, z.B. über die bestehenden kommunalen Verbände, für
22 gemeinsame digitale Infrastruktur und Softwarelösungen bewältigt werden. Durch Quelloffenheit
23 ergibt sich, dass von einer Kommune entwickelte oder verbesserte Software allen anderen zur
24 Verfügung steht. Insgesamt wollen wir eine Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit in Sachen
25 digitale Infrastruktur und Softwarelösungen, sowie Quelloffenheit und sinnvolle Verwendung
26 öffentlicher Gelder zum Wohle aller.

27 **Die Linke fordert:**

- 28 - Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen
- 29 - Zusammenschluss von Kommunen bei digitaler Infrastruktur
- 30 - Weiterentwicklung von Open Source Lösungen

31 **Verwaltung digitalisieren, aber behutsam**

32 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger:innen und Unternehmen Entlastung
33 bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht zugängliche
34 und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards ausgebaut werden.
35 Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den öffentlichen
36 Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Es besteht weiterhin ein Recht auf einen
37 analogen Zugang.

38 Wir streben Datensparsamkeit für Bürger:innen an. Daten sollen nur erhoben werden, wenn sie
39 wirklich benötigt werden. Wir wollen eine bessere Aufklärung darüber, welche Daten erhoben werden
40 und explizite Zustimmung.

41 Bürger:innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen. Wir
42 setzen uns ein für die Einführung von Transparenzsatzungen. Diese müssen von sich aus sämtliche

43 öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter:innen oder
44 Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen. Ein solches Portal muss dabei leicht
45 zugänglich und verständlich sein. Gleichzeitig muss es offene Schnittstellen anbieten. Bürger:innen
46 können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

47 **Die Linke fordert:**

- 48 - Digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen
- 49 - Hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
- 50 - Datensouveränität für Bürger:innen

51 **Digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand**

52 Digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Gerade im ländlichen Raum gibt es immer noch
53 fehlenden Breitbandausbau. Die Netzinfrastruktur muss dabei immer in öffentlicher Hand sein.

54 Auch Hacker- und Makerspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind Orte digitalen
55 Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürger*innendatennetze und Freifunk wollen wir
56 unterstützen und fördern.

57 Smart Ciy Projekten in den Kommunen stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind vor allem auf
58 Konzernprofite und Datensammeln angelegt. Wir befürworten sie nur, wenn sie einen echten
59 Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten und die verwendeten Hard- und
60 Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

61 Wir wollen Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreiben und nicht
62 auf Basis von Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung. Sie müssen für die
63 Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und
64 die Umwelt schützen. Senior:innen, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen müssen
65 von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger:innen müssen konsequent in einen demokratisch
66 organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

67 **Die Linke fordert:**

- 68 - Ausbau der Netzinfrastruktur
- 69 - Erhalt und Ausbau von gemeinschaftlichen Orten digitalen Arbeitens

70 **Digitalisierung und Bildung**

71 In der Digitalisierung der Bildung hat sich in den letzten Jahren viel getan. An den meisten Schulen ist
72 eine Ausstattung mit Geräten erfolgt. Doch ist die Digitalisierung als zusätzliche Aufgabe an den
73 Lehrkräften hängen geblieben. Wir fordern, dass Schulen eigenen eigene Fachkräfte im Bereich
74 Systemadministration und IT-Support bekommen, die nur für Wartung und technische Hilfestellung
75 zuständig sind.

76 Wir wollen, dass angeschaffte Geräte möglichst lange verwendet werden, um das Anfallen von
77 Elektroschrott zu vermeiden. Eingestellte Updates können durch die Installation freier
78 Betriebssysteme umgangen werden. Auch braucht es an den Schulen Know-How im Bereich der
79 Reparatur der Geräte. Hier können auch Lehrpersonal und Schüler:innen miteingebunden werden.

80 Wir brauchen Konzepte für eine bessere Bildung im Bereich der Digitalisierung. Wenn das Arbeitsblatt
81 nun von einem Tablet abgelesen wird, anstatt es auszudrucken, dann ist dies kein digitaler Fortschritt,
82 sondern führt eher dazu, dass Schüler:innen abgelenkt werden. Wir wollen die digitale Bildung
83 ausweiten, insbesondere müssen Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Rechte im digitalen

84 Raum behandelt werden. Auch Querschnittsthemen wie Cybermobbing und Medienkompetenz müssen
85 Teil des Lehrplans sein. Außerdem darf die Anschaffung von Apple-Geräten nicht dazu führen, dass
86 digitale Bildung heißt, die Schüler:innen an einen Hersteller zu gewöhnen. Sie sollen stattdessen
87 lernen, dass es eine große Bandbreite an (freier) Software gibt. Wir fordern, dass die zur Verfügung
88 stehenden offenen Bildungsplattformen genutzt und weiterentwickelt werden und die Nutzung
89 proprietärer Plattformen reduziert wird.

90 **Die Linke fordert:**

- 91 - Einstellung von Systemadministrator:innen und IT-Support in Schulen
- 92 - Umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität,
93 Medienkompetenz und Cybermobbing
- 94 - Keine Herstellerabhängigkeit an Schulen

95 **KI nur maßvoll einsetzen**

96 Wir fordern, dass mit dem Thema KI äußerst vorsichtig umgegangen wird. „Künstliche
97 Intelligenz“ erfährt gerade einen Hype und es werden in vielen Bereichen KI-Lösungen vorgeschlagen,
98 die besser mit Anwendungen ohne KI gelöst werden könnten. KI liefert keine zuverlässig korrekten
99 Antworten, ist äußerst rechenaufwändig und hat damit einen hohen Energiebedarf. Hinzu kommen
100 diverse ethische Probleme und das Unwissen darüber, wie das KI-System zu seinen Entscheidungen
101 kommt. Lösungen ohne KI sind daher immer vorzuziehen.

102 Da KI immer auf bestehenden Daten trainiert wird, werden auch die darin enthaltenen sexistischen,
103 rassistischen und klassistischen Vorurteile übernommen. Diese werden dann von den KI-Systemen in
104 ihren Entscheidungen wiedergegeben oder sogar verstärkt. Wenn KI eingesetzt wird, muss
105 sichergestellt sein, dass kein derartiger Fehler (Bias) in den Trainingsdaten vorliegt. Wir stellen uns
106 gegen die Übergabe von komplette Personendaten in KI-Anwendungen. Belange des Datenschutzes
107 und des Urheberrechtes müssen ebenso immer berücksichtigt werden. Es muss auch im Vorhinein
108 geklärt sein, wie und wann neue Erkenntnisse in ein KI-Programm einfließen sollen, da das erneute
109 Training der KI auf neuen Daten äußerst aufwendig ist.

110 **Die Linke fordert:**

- 111 - Bevorzugung von Programmen, die ohne KI arbeiten
- 112 - Sicherstellung, dass bei verwendeten KI-Anwendungen kein Bias vorliegt

113 **Cybersecurity**

114 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Objekte und Systeme miteinander vernetzt sind, sind
115 Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere digitale Infrastruktur kann es
116 keine Datensicherheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger:innen und Unternehmen dabei
117 unterstützen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden müssen bei diesem Thema zusammenarbeiten.

118 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
119 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten und
120 zivilgesellschaftlichen Gruppen geschehen. Ein wichtiger Teil von Cybersicherheit sind dabei die
121 Menschen, die mit den Systemen arbeiten. Hier braucht es verpflichtende Schulungen für
122 Mitarbeitende, aber auch Aufklärungsarbeit für Bürger:innen.

123 **Überwachung verhindern**

124 Als Linke stellen wir uns gegen jede Form der Überwachung. Wir wollen keine Videoüberwachung im
125 öffentlichen Raum, insbesondere wenn diese mit „intelligenten“ Anwendungen verknüpft werden

126 sollen. Wir stellen uns gegen Projekte der Polizei, in der sie einzelne Straßen kurzfristig oder dauerhaft
127 videoüberwachen. Wir sind auch gegen Projekte des kommunalen Ordnungsdienstes, die mit weiterer
128 Überwachung einhergehen, wie z.B. die Einführung von Bodycams.

129 **Die Linke fordert:**

130 - Keine Videoüberwachung

131 - Keine Bodycams beim kommunalen Ordnungsdienst